

1.5 Aus alt mach neu: Kohleausstieg und Strukturwandel

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir setzen uns für eine ökologische, sichere und preiswerte Energieversorgung in Brandenburg ein. Für
2 dieses Ziel brauchen wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung. Die
3 Rahmenbedingungen für die Energiewende wurden auf der UN-Klimakonferenz in Paris gesetzt. In Brüssel
4 und Berlin müssen nun verbindliche Beschlüsse gefasst werden, wie der Weg zum notwendigen
5 Klimaschutz gesetzlich ausgestaltet wird. Denn wenn wir nicht rasch und zielorientiert handeln, treibt uns
6 die Klimakatastrophe in immer höherem Tempo in eine bedrohliche Krise – dafür war der heiße Sommer
7 von 2018 nur ein Vorgeschmack. Auch in den Braunkohleregionen schafft ein klarer Ausstiegsfahrplan,
8 verbunden mit verbindlich zugesagten Strukturhilfen, endlich Klarheit, wie es weiter gehen kann.

9 Brandenburg ist bisher auf einem guten Weg beim Ausbau erneuerbarer Energien. Auf Grund der parallel
10 beibehaltenen Braunkohleverstromung hat das bisher jedoch kaum Auswirkungen auf Brandenburgs
11 extrem hohen CO₂-Ausstoß. Pro Kopf hat Brandenburg den mit Abstand höchsten CO₂-Ausstoß aller
12 Bundesländer! Ohne den Kohleausstieg wiederum kann weder Brandenburg noch Deutschland seine
13 beschlossenen Klimaziele realisieren.

14 Kohleausstieg als Einstieg in die Energiewende-Zukunft verstehen

15 Auch weil der längst überfällige Strukturwandel in der Lausitz von den bisherigen Landesregierungen
16 fahrlässig auf die lange Bank geschoben wurde, ist ein Wandel in der Energiepolitik dringend geboten.
17 Durch die Verschleppung von echten Lösungen ist bei Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen an und in
18 den Kohlegruben eine große Verunsicherung entstanden. Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan
19 mit neuen Chancen für die Betroffenen. Die Energieerzeugung aus Braunkohle ist klimapolitisch und
20 wirtschaftlich ein Auslaufmodell. In der Vergangenheit wurden Schäden durch den Braunkohleabbau in
21 Kauf genommen. Nicht nur die Lausitzer Landschaft wurde verwüstet, die Tagebaue gefährden zunehmend
22 auch die Trinkwasserversorgung der gesamten Region. Auch die Kosten für die Rekultivierung steigen
23 unaufhörlich und können nicht annähernd vom Betreiber im nötigen Umfang erbracht werden. Zudem
24 subventioniert Brandenburg noch immer die Braunkohle durch den Verzicht auf Entgelte für die Entnahme
25 von
26 Grundwasser zur Trockenlegung der Tagebaue.

28 Kohleausstieg schnellstmöglich umsetzen

29 Die „Kohlekommission“ auf Bundesebene wurde mit Aufgaben überfrachtet. Ob bzw. wann und mit welchen
30 konkreten Festsetzungen der von ihr vorzulegende Kohleausstiegs-Fahrplan von Bundesregierung und
31 Bundestag beschlossen wird, ist noch offen. Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist gleichwohl klar, dass
32 es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf und auch die Verkleinerung genehmigter Tagebaue in
33 Betracht gezogen werden muss. Wir setzen uns weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des
34 Tagebaus Welzow Süd II ein. Zudem wollen wir alles dafür tun, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle
35 verdient, sondern auch die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens 3 Mrd EUR allein für die

36 Lausitz - trägt. Die Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte
37 Arbeitsplätze und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die
38 rechtlichen Möglichkeiten Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer
39 Tagebaue Welzow und Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen.

40 **Chancen nutzen, Risiken vermeiden**

41 Weder die Landesregierung noch die CDU haben bisher die notwendige Entschlossenheit gezeigt, den
42 kohleausstiegsbedingten Strukturwandel in der Lausitz zukunftsfähig zu gestalten. Die von der letzten
43 Landesregierung favorisierte CCS-Technologie zur Verpressung von Kohlendioxid im Untergrund ist
44 gescheitert. Planungen für den Ausstieg aus der Braunkohle wurden erst begonnen, nachdem die
45 Bundesregierung 2015 die Stilllegung erster Kraftwerksblöcke von Jänschwalde beschlossen hatte. Andere
46 Parteien zitieren gerne die Kosten des Klimaschutzes und blenden dabei völlig aus, dass die
47 menschengemachte Klimaerhitzung erhebliche und bedrohlich wachsende Kosten mit sich bringt. Doch für
48 immer mehr Bürger*innen und Kommunen, die viel Geld für die Bewältigung von Trockenheit und
49 Starkregenereignissen ausgeben müssen, ist die Anpassung an die Klimakrise schon jetzt Realität – und
50 sehr teuer. Wir wollen mit neuen Investitionen in den Klimaschutz künftige Schäden vermeiden, neue
51 Arbeitsplätze schaffen
52 und weltweit nachgefragte Lösungen „Made in Brandenburg“ entwickeln.

53 Wir wollen die potentiell verschwindenden Industriearbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft auch durch
54 vergleichbare Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien ersetzen. Die vielen qualifizierten und erfahrenen
55 Fachkräfte in gut bezahlten Industriearbeitsplätzen sind eine Stärke der Lausitz, gerade im Vergleich mit
56 anderen peripheren Regionen Brandenburgs. Wir wollen diese Strukturen nicht aufgeben - nicht nur, um die
57 Wirtschaftskraft der Lausitz zu erhalten, sondern auch um den direkt Betroffenen einen sozialverträglichen
58 Umstieg zu ermöglichen. Es ist wichtig für die Region, diese Fachkräfte nicht zu verlieren, sondern ihnen
59 vor Ort Entwicklungschancen zu bieten. Die meisten Beschäftigten aus der Braunkohlebranche wie
60 Verfahrenstechniker*innen, Maschinenbauer*innen, Elektrotechniker*innen, Mechatroniker*innen usw. sind
61 nicht auf den Energieträger Braunkohle festgelegt und werden für die Transformation zur zukunftsfähigen
62 Energieregion gebraucht. Diese in der Region vorhandenen Kompetenzen
63 müssen entschlossen als Standortvorteil für die Ansiedlung von Anlagen- und Ausrüstungsherstellern aus
64 dem Bereich der Energiewende genutzt werden.

65 Ein klarer Zeitplan hilft, die gesteckten Ziele zu erreichen. Zur Umsetzung braucht man nicht nur Geld,
66 sondern auch ein Team, welches mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist. Je eher wir
67 damit beginnen und ein finales Datum definieren, umso erfolgreicher kann der Prozess gestaltet werden.
68 Um den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz voranzubringen, schlagen wir vor, gemeinsam mit der
69 Bundesregierung und dem Land Sachsen Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zum
70 Strukturwandel in der Lausitz zu führen. Hierbei sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen,
71 klimaschutzbedingten Strukturwandel in der Lausitz zu definieren, sowie Vereinbarungen über folgende
72 Maßnahmen zu treffen und umzusetzen:

73 **Lausitz-Steuerungskreis einsetzen**

74 Ein Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die
75 Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern aus der Region
76 (Innovationsregion Lausitz, Wirtschaftsregion Lausitz), der Politik (Bund, Land Sachsen, Land Brandenburg)
77 und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

78 **Handlungsfahrplan für die Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erstellen**

79 Der Steuerungskreis erarbeitet – in enger Abstimmung mit allen weiteren Akteuren in der Lausitz – ein
80 zentrales, strategisches Referenzdokument (Masterplan) sowie einen entsprechenden Zeitplan (Roadmap).
81 Dieser muss mit übergeordneten politischen Prozessen verzahnt werden. Ein solches Dokument dient den
82 vielfältigen Akteur*innen in der Region als Leitfaden für ihr künftiges Handeln.

83 **Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ einrichten**

84 Die Geschäftsstelle soll entlang der Vorgaben des Steuerungskreises den Masterplan formulieren und
85 ausarbeiten. Sie koordiniert und überwacht die Umsetzung in den verschiedenen Projekten und Initiativen.
86 Gleichzeitig soll sie jährlich über den Umsetzungsstand Bericht gegenüber den Landtag erstatten.
87 Aufgaben der Geschäftsstelle sind insbesondere:

- 88 • die Koordinierung bei der Aufstellung von eindeutigen und messbaren Zielen,
- 89 • die Abstimmung von interkommunalen/regionalen Förderanträgen und
- 90 • die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

91 **Strukturwandel- und Innovationsfonds (Lausitzfonds) schaffen**

92 Für die Prozessgestaltung und die anstehenden Investitionen, benötigt die Lausitz Mittel in nicht
93 unerheblichem Umfang. Diese Gelder sollen in einem regionalen Fonds bereitgestellt werden. Ein solcher
94 Fonds soll folgende Aufgaben haben:

- 95 • strategische Koordination und Abstimmung von Zielen und Handlungsfeldern,
- 96 • Akquisition externer finanzieller Ressourcen,
- 97 • Finanzierungsmechanismus Finanzierungsinstrument für Investitionen in der Region.

98 Grundsätzlich sollte der regionale Finanzierungsfonds komplementär zu Förderangeboten des Landes,des
99 Bundes und der EU wirken.

100 **Lausitzstiftung gründen**

101 Neben der Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur braucht es ebenso die Stärkung des
102 zivilgesellschaftlichen Engagements für die Gestaltung des Strukturwandels. Kommunale Initiativen,
103 Einzel-Projekte oder auch kleinere Startups können helfen, die Attraktivität der Region maßgeblich zu
104 steigern. Um derartige Entwicklungen zu fördern, bedarf es einer entsprechenden Stiftung als
105 Fördermittelgeberin und Beraterin. Wir wollen diese Stiftung einrichten und mit festen Einzahlungen über
106 15 Jahre verankern. Sollten die Mittel nicht im jeweiligen Jahr ausgegeben werden, sollen sie für die
107 Folgejahre weiterhin zur Verfügung stehen.
108
109